

Das Wahljahr 2013: Wahlverhalten, Wählerwanderung und neue Parteien

Filzmaier, Peter; Perlot, Flooh; Zandonella, Martina

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Filzmaier, P., Perlot, F., & Zandonella, M. (2014). Das Wahljahr 2013: Wahlverhalten, Wählerwanderung und neue Parteien. *SWS-Rundschau*, 54(2), 108-132. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48047-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Das Wahljahr 2013.

Wahlverhalten, Wählerwanderung und neue Parteien

Peter Filzmaier/ Flooh Perlot/ Martina Zandonella (Wien)

Peter Filzmaier/ Flooh Perlot/ Martina Zandonella: *Das Wahljahr 2013. Wahlverhalten, Wählerwanderung und neue Parteien* (S. 108–132)

2013 war mit der Nationalratswahl und vier Landtagswahlen ein innenpolitisch intensives Jahr. Neben sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen sorgte das Antreten neuer Listen, insbesondere jenes des Teams Stronach, für zusätzliche Aufmerksamkeit. Der Artikel analysiert empirische Ergebnisse von Wahltagsbefragungen und Wählerstromanalysen und vergleicht sie mit Daten aus früheren Wahlen. Es zeigen sich einmal mehr klare Unterschiede im Wahlverhalten von Männern und Frauen sowie von jungen und älteren Personen. Hinsichtlich der Neuparteien wird versucht, einen Überblick über deren Abschnitten und mögliche Erklärungsfaktoren dafür zu geben, wobei diese Parteien stärker von der FPÖ und dem BZÖ profitierten und mehr von (jüngeren) Männern unterstützt wurden.

Schlagworte: Nationalratswahl 2013, Landtagswahlen 2013, Wahlanalysen, Wahlverhalten, Wahlmotive, Wählerströme

Peter Filzmaier/ Flooh Perlot/ Martina Zandonella: *Elections in Austria 2013. Voting Behaviour, Voter Transitions and Emerging Parties* (pp. 108–132)

In 2013, the federal parliament, along with four state parliaments, was elected in Austria. While the specific conditions varied, the elections saw also the successful rise of newly emerging parties, first of all of the Team Stronach. The article presents some empirical findings on voting behaviour, motives and voter transitions and tries to give an overview on possible success-factors for new parties. The data show quite different party choices between men and women as a manifestation of a gender gap and between younger and older voters as a generation gap again. Team Stronach benefitted especially from former FPÖ-/ BZÖ-voters and from the support of (younger) men.

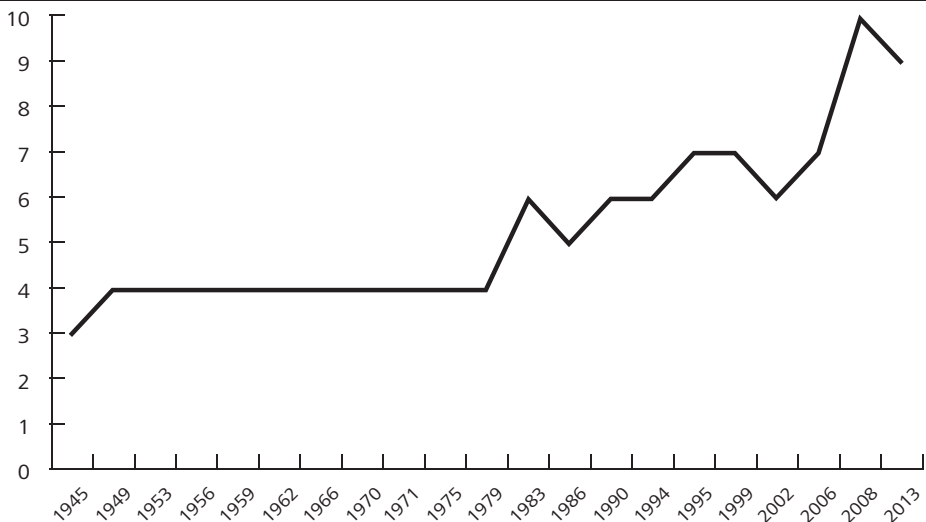
Keywords: parliamentary and state elections 2013, election analysis, voting behaviour, voting motives, voter transition analysis

1. Einleitung

Mit vier Landtagswahlen und einer Nationalratswahl war 2013 ein innenpolitisch sehr intensives Jahr. Die Volksbefragung im Jänner über die Zukunft der Wehrpflicht – der erste Einsatz dieses Instruments auf Bundesebene seit seiner Einführung 1989 – verstärkte diesen Eindruck. Die Wahlen fanden in sehr unterschiedlichen Umfeldern statt: In Niederösterreich versuchte die ÖVP, ihre absolute Mehrheit zu verteidigen, in Tirol sah sich eben diese Partei mit neuer und alter Konkurrenz aus dem (teilweise) eigenen Lager konfrontiert. Die Landtagswahlen in Kärnten und Salzburg wurden vorgezogen, in beiden Fällen eine Reaktion auf Krisen- bzw. Skandalfälle im jeweiligen Bundesland. Bei der abschließenden Nationalratswahl im Herbst stand neben dem relativ knappen Duell um den ersten Platz vor allem die Zahl der bundesweit kandidierenden Parteien im Fokus, waren es doch nach der Rekordzahl von zehn Parteien 2008 dieses Mal wiederum neun Gruppierungen, die sich bundesweit um Mandate bewarben.

Generell waren das Antreten und teils erfolgreiche Abschneiden von Neuparteien ein Aspekt, der das Wahljahr 2013 geprägt hat. Dass neue Listen versuchen, in Parlamente einzuziehen und auch die Voraussetzungen für eine Kandidatur schaffen, lässt sich für die Bundesebene spätestens seit 1983 beobachten (siehe Abbildung 1). Die Bewerbung um Mandate stellt freilich keine Garantie für Wahlerfolge dar, die lange stark beschränkt waren. Nur die Grünen schafften es, sich ab 1986 dauerhaft Sitze im Nationalrat und in Landtagen zu sichern. Das Liberale Forum und das BZÖ (ebenso wie das 2013 erstmals antretende Team Stronach) hatten durch Abspaltungen bereits Sitze im Nationalrat, bevor sie kandidierten.

Abbildung 1: Zahl der bundesweit kandidierenden Listen bei Nationalratswahlen



Quelle: Bundesministerium für Inneres

Allerdings wurde 2013 konstatiert, dass aufgrund sinkenden Vertrauens in das etablierte politische System und aufgrund teils Neuwahlen auslösender Skandalfälle die Rahmenbedingungen für neue Parteien chancenreicher waren als in den Jahren zuvor. Die neuen Gruppierungen beschränkten sich nicht auf die Bundesebene, in Tirol und Kärnten traten neun bzw. zehn Listen landesweit an (siehe Tabelle 1). In Niederösterreich und Salzburg blieb die Gesamtzahl zwar überschaubar, in beiden Bundesländern bewarb sich mit dem Team Stronach aber ebenso eine neue Gruppierung erfolgreich um Mandate.

Tabelle 1: Landes- bzw. bundesweit kandidierende Listen 2013

NÖ 2013	Kärnten 2013	Salzburg 2013	Tirol 2013	NRW 2013
ÖVP	FPK	SPÖ	ÖVP	SPÖ
SPÖ	SPÖ	ÖVP	FRITZ	ÖVP
FPÖ	ÖVP	FPÖ	SPÖ	FPÖ
Grüne	Grüne	Grüne	FPÖ	BZÖ
FRANK*	FRANK*	FRANK*	Grüne	Grüne
	BZÖ		VORWÄRTS	KPÖ
	PIRAT		KPÖ	NEOS
	ASOK		FRANK*	PIRAT
	LPÖ		FÜR TIROL	FRANK*
			GURGISER	

* Das Team Stronach trat mit leicht variierenden Listenbezeichnungen und Abkürzungen bei den Wahlen an, im Folgenden wird der Einfachheit halber einheitlich jeweils auf Team Stronach bzw. die Liste FRANK verwiesen.

Quelle: Bundesministerium für Inneres bzw. Ämter der jeweiligen Landesregierungen

Das theoretische und tatsächliche Potenzial neuer Listen hängt neben der politischen Stimmungslage und individuellen Faktoren – etwa Personal oder finanziellen Ressourcen – auch vom Erfolg oder Misserfolg bereits bestehender Parteien als direkter Konkurrenz ab. Wahlen sind in diesem Sinn ein Nullsummenspiel. Abseits davon ist das vergleichsweise große Lager der NichtwählerInnen ein potenzieller Pool an UnterstützerInnen.

Der vorliegende Artikel analysiert die Wahlen 2013 vor dem Hintergrund des Antretens neuer Gruppierungen. Die Fragestellungen des Artikels sind:

- Welche Auffälligkeiten bzw. soziodemographischen Unterschiede zeigten sich im Wahlverhalten der ÖsterreicherInnen? Inwiefern setzten sich frühere Muster fort, welches Potenzial war vorhanden und konnte wie genutzt werden?
- Was waren zentrale Wahlmotive und inwiefern gab es allgemeine Trends abseits regionaler Besonderheiten?
- Was waren die zentralen Wählerwanderungen zwischen den Parteien?
- Welche Chancen hatten neue Parteien 2013 und inwieweit konnten sie diese (nicht) nutzen? Welche Perspektiven gibt es für alte wie neue Parteien?

Nach der Einleitung gibt Kapitel 2 einen kurzen Überblick über das Wahljahr 2013, die wesentlichen Ergebnisse und das allgemeine Umfeld. Kapitel 3 widmet sich dem Wahlverhalten soziodemographischer Gruppen und Kapitel 4 den Wahlmotiven der jeweiligen Partei-AnhängerInnen im Vergleich. Kapitel 5 beschäftigt sich mit den Wählerströmen und der Gruppe der NichtwählerInnen. In Kapitel 6 wird eine Analyse des Abschneidens neuer Parteien versucht. Abschließend wird in Kapitel 7 ein Fazit gezogen und ein kurzer Ausblick auf die Chancen alter und neuer Parteien gegeben.

Der Artikel basiert auf Daten aus Wahltagsbefragungen aus dem Jahr 2013, die vom Institut für Strategieanalysen (ISA) und dem Institute for Social Research and Consulting (SORA) im Auftrag des Österreichischen Rundfunks (ORF) durchgeführt wurden. Diese fanden zu allen Landtagswahlen und zur Nationalratswahl statt. Es handelte sich dabei um telefonische Befragungen der jeweils wahlberechtigten Bevölkerung mit einer Fallzahl von mindestens $n = 1.200$. Die Daten wurden soziodemographisch sowie mit den Hochrechnungsergebnissen des Wahltages selbst gewichtet.

Eine Schwierigkeit der Analyse muss vorweg angesprochen werden: Trotz ihrer Erfolge erzielten neue Parteien nur teilweise Stimmenanteile, die eine detaillierte Auswertung ermöglichen. Geht man von der angesprochenen Fallzahl von 1.200 Befragten und einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent aus, so muss eine Partei mindestens zehn Prozent der Stimmen erzielen, um mit rund 100 Befragten in der Stichprobe vorzuliegen. Das schränkt die Analysemöglichkeiten etwas ein, weshalb zum Teil auch versucht wird, sich über qualitative Aspekte dem Thema zu nähern.

2. Das Wahljahr 2013 im Überblick

Nachdem 2010 mit der Wiener Gemeinderatswahl die letzte Entscheidung auf Landes- bzw. Bundesebene getroffen worden war, standen nach zwei wahllosen Jahren 2013 plangemäß Landtagswahlen in Niederösterreich und Tirol sowie die Nationalratswahl auf dem Programm. Dieses an sich schon umfassende Programm wurde kurzfristig noch um die vorgezogenen Landtagswahlen in Salzburg und Kärnten ergänzt.

In Salzburg löste sich der von SPÖ und ÖVP dominierte Landtag frühzeitig auf, um die Konsequenzen aus einer Spekulationsaffäre rund um die Anlage von Landesgeldern zu ziehen. Der zuständige Finanzlandesrat musste zurücktreten und die bis dahin amtierende Landeshauptfrau Gabi Burgstaller – damals die einzige Frau in dieser Position in Österreich – ging in Neuwahlen.

In Kärnten war die Situation politisch gesehen ebenfalls dramatisch. Teile der Landesregierung, unter anderem FPK-Obmann Uwe Scheuch und ÖVP-Obmann Josef Martinz, waren bereits 2011 und 2012 zusehends mit staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen sowie in weiterer Folge mit gerichtlichen Verurteilungen (nur teilweise rechtskräftig) konfrontiert. Eine Zäsur war der Vorwurf der illegalen Parteienfinanzierung im Zuge des Verkaufs der Hypo-Alpe-Adria Bank durch ein überbezahltes Honorar für den Gutachter Dietrich Birnbacher. Insbesondere die FPK sträubte sich in der Folge gegen einen darauf basierenden Neuwahlantrag der Opposition in Kärnten, stimmte aber schließlich doch einer Vorziehung auf März 2013 zu (Filzmaier/ Perlot/ Zandonella 2013, 9–10).

Eine wichtige Rahmenbedingung für das Wahljahr 2013 wurde in einem gesunkenen Vertrauen in die Politik und die politischen Parteien gesehen. Dabei ist die Entwicklung nicht kausal auf die wahlauslösenden Skandale in Salzburg und Kärnten zurückzuführen, diese dürften sich aber kaum positiv ausgewirkt haben.

So meinten im Eurobarometer im Frühjahr 2013 nur 37 Prozent, zu politischen Parteien in Österreich eher Vertrauen zu haben (Europäische Kommission 2013). Einer GfK-Studie aus demselben Jahr zufolge meinten 19 Prozent, ihnen voll und ganz bzw. überwiegend zu vertrauen (GfK 2013). In einer OGM-Erhebung aus dem Oktober 2013 sagten zwei Drittel, dass ihr Vertrauen gegenüber der Politik in den vergangenen fünf Jahren abgenommen habe (OGM 2013). Laut einer IFES-Erhebung im Herbst 2012 waren 55 Prozent zwar mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich sehr oder eher zufrieden, aber nur 30 Prozent damit, wie die »gewählten Volksvertreter die Interessen der Bevölkerung vertreten« (IFES 2012). Die Arbeit des Nationalrates wurde in derselben Studie von 35 Prozent positiv beurteilt, 2004 waren es noch 45 Prozent.

Das Bild scheint relativ eindeutig, bei näherer Betrachtung muss man den Befund eines kontinuierlichen Vertrauensverlustes aber differenzieren. Ein Vergleich mit Eurobarometer-Daten aus dem Jahr 2003 belegt beispielsweise, dass damals das Vertrauen mit 19 Prozent wesentlich niedriger war als 2013 (Europäische Kommission 2013). Das ist im Kontext der damaligen innenpolitischen Konstellation und der aufgeheizten Stimmung rund um die schwarz-blaue Koalition sowie die heftigen parteiinternen Konflikte innerhalb der FPÖ zu sehen, die schließlich zum Rückzug der Regierungsmitglieder der FPÖ und zu vorzeitigen Neuwahlen führten. Eine lineare Abnahme des Vertrauens lässt sich dennoch nicht finden. Auch die GfK-Studie kommt im Vergleich zu 2011 zu keinem signifikanten Abfall der Werte. In der zitierten OGM-Studie betrug der Anteil jener, die von einem gesunkenen Vertrauen sprachen, 2011 noch 75 Prozent, er lag also zehn Prozentpunkte höher.

Die differenzierte Betrachtung von Regierungs- und Oppositionsparteien fällt ebenfalls unterschiedlich aus. Daten des Vertrauensindex (OGM/ APA 2012) beispielsweise wiesen 2012 ein negatives Vertrauenssaldo für die Regierung von -37 Punkten aus, die Opposition landete bei -22 Punkten – gegenüber 2011 eine Verschlechterung von acht bzw. eine Verbesserung von vier Prozentpunkten. Trotz differenzierter Befunde bleibt im Gesamten der Eindruck bestehen, dass die Politik bzw. die politischen Parteien in Österreich 2013 kein mehrheitlich positives Image aufwiesen, sondern im Gegenteil überwiegend negativ gesehen wurden.

Des Weiteren werden von der Bevölkerung Punkte wie das Wählen bzw. Demokratie als System und der konkrete Zustand bzw. die reale Gestaltung dieser Prozesse verschieden beurteilt: So stimmten im September 2013 jeweils über 90 Prozent den Aussagen sehr oder eher zu, dass Demokratie trotz Problemen besser sei als jede andere Regierungsform und dass Wählen wichtig sei, weil es über die Zukunft eines Landes entscheide. Gut 60 Prozent bis zwei Drittel meinten allerdings auch, dass die Politik in entscheidenden Fragen zumeist versage und dass die Parteien mehr an den Stimmen denn an den Problemen der Bevölkerung interessiert seien (ISA/ SORA 2013).

Die Ergebnisse der Wahlen waren ähnlich vielfältig wie die Umstände (siehe Tabelle 2, S. 114): Sie sorgten teilweise für nur geringe Änderungen in der politischen Landschaft, teilweise waren sie aber dramatisch.

In Kärnten verlor die FPK rund 28 Prozentpunkte und damit so viel wie noch nie eine Partei zuvor bei einer Landtags- oder Bundeswahl in Österreich. Entsprechend den herben Verlusten der FPK wurden zahlreiche WählerInnenstimmen in Kärnten verschoben (siehe Kap. 4). Die SPÖ profitierte stark davon, konnte nach 20 Jahren den ersten Platz zurückgewinnen und anschließend den Landeshauptmann stellen. Die Grünen verdoppelten ihren Anteil und erreichten einen Sitz in der nach dem Proporzprinzip gebildeten Regierung (beim Proporzsystem, das neben Kärnten noch in Niederösterreich, der Steiermark, dem Burgenland, in Oberösterreich und leicht variiert in Wien existiert, erhält jede Partei, die einen bestimmten Stimmenanteil übertrifft, automatisch einen Sitz in der Landesregierung – unabhängig von dann gebildeten Koalitionen oder Formen der Zusammenarbeit). Die ÖVP, deren bisheriger Obmann und Landesrat in Gerichtsverfahren verstrickt war, konnte trotz dieser Ausgangslage unter neuer Führung die Verluste in Grenzen halten, wenngleich sie das zweitschlechteste Ergebnis seit 1945 einfuhr. Das neu antretende Team Stronach schaffte sein bis dato bestes Ergebnis und den Einzug in den Landtag und die Landesregierung.

Die Landtagswahl in Niederösterreich fand zeitgleich mit jener in Kärnten statt, auch dort trat das Team Stronach erstmals an. Spitzenkandidat war der Parteigründer und Namensgeber selbst. Hier schaffte die Partei ebenfalls den Einzug in den Landtag sowie die Hürde für einen Regierungssitz, was historisch gesehen in Niederösterreich bisher einmalig war. Die ÖVP, die mit einer absoluten Mehrheit gestartet war, konnte diese Dominanz trotz Verlusten halten. SPÖ und FPÖ verloren ebenso einige Prozentpunkte, nur die Grünen konnten leicht zulegen. Sie blieben aber hinter der FPÖ und fielen hinter Stronachs Liste auf den fünften Platz zurück.

In Tirol hatte die ÖVP anders als in Niederösterreich 2008 bereits ihre absolute Mandatsmehrheit eingebüßt, konnte aber ihre Verluste 2013 gering halten und ihren ersten Platz unangefochten verteidigen. Der Hauptgrund für die Abwanderungen fünf Jahre zuvor war die Kandidatur des ehemaligen Arbeiterkammer-Präsidenten und ÖVP-Mitgliedes Fritz Dinkhauser. Dessen Liste hatte über 18 Prozent und aus dem Stand den zweiten Platz erreicht. Fünf Jahre später, nach Abspaltungen einzelner Mandatare (die als eigene Liste kandidierten) und dem Rückzug des Parteigründers, verlor die Liste FRITZ mit rund 13 Prozentpunkten von allen Parteien am meisten und konnte nur knapp den Verbleib im Landtag sichern. Die SPÖ büßte knapp zwei Prozentpunkte ein und landete bei ihrem schlechtesten Ergebnis in der Geschichte in Tirol. Die FPÖ verlor ebenfalls Stimmen, die Grünen konnten hingegen leicht zulegen. Das Team Stronach, das im Vorfeld der Wahl vor allem durch interne Konflikte, Personalprobleme und mehrere intern konkurrierende Listen aufgefallen war, verfehlte die Mindestprozenzhürde.

In Tirol kandidierten noch zwei weitere neue Parteien erfolgreich. Der Bürgerklub Tirol hatte sich aus ehemaligen Abgeordneten der Liste FRITZ rekrutiert, Vorwärts Tirol wurde von ehemaligen ÖVP- und SPÖ-LandespolitikerInnen geführt und schnitt

mit rund zehn Prozent der Stimmen unter den dortigen Neugründungen mit Abstand am erfolgreichsten ab.

In Salzburg verloren vor allem SPÖ und ÖVP stark an Stimmen, letztere allerdings deutlich weniger, sie konnte damit die SPÖ nach zehn Jahren wieder überholen und den Landeshauptmannsessel zurückgewinnen. Große Gewinner waren in Salzburg neben dem ebenfalls den Einzug in den Landtag und in die Landesregierung schaffenden Team Stronach die Grünen, die rund 13 Prozentpunkte zulegten und sich damit praktisch verdreifachten. Sie einigten sich nach der Wahl mit der ÖVP und dem Team Stronach auf eine Koalition.

Die Nationalratswahl im Herbst schloss das Wahljahr 2013 ab und brachte für SPÖ und ÖVP Verluste. Beide Parteien erzielten das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte, behielten aber den ersten respektive zweiten Platz. Die FPÖ und die Grünen konnten beide leicht zulegen, größere Gewinne blieben ihnen aber verwehrt. Dafür zogen das Team Stronach und die NEOS in den Nationalrat ein. Das BZÖ, 2008 noch mit rund zehn Prozent der Stimmen vor den Grünen, scheiterte mit 3,5 Prozent an der Mindesthürde. Damit war die Partei nur mehr im Kärntner Landtag und im Europaparlament vertreten (der dortige Mandatar Ewald Stadler wurde allerdings kurz nach der Nationalratswahl aus der Partei ausgeschlossen).

Tabelle 2: Ergebnisse der National- und Landtagswahlen 2013

	NÖ		Kärnten		Tirol		Salzburg		NRW	
	+/-		+/-		+/-		+/-		+/-	
SPÖ	21,6	-3,9	37,1	8,4	13,7	-1,7	23,8	-15,6	26,8	-2,4
ÖVP	50,8	-3,6	14,4	-2,4	39,4	-1,2	29	-7,5	24	-2
FPÖ*	8,2	-2,3	16,9	-28,0	9,3	-3,1	17	4	20,5	3
Grüne	8,1	1,2	12,1	7,0	12,6	1,9	20,2	12,8	12,4	2
BZÖ			6,4	6,4					3,5	-7,2
FRANK	9,8	9,8	11,2	11,2	3,4	3,4	8,3	8,3	5,7	5,7
NEOS									5	5
FRITZ**					5,6	-12,7				
VORWÄRTS***					9,6	9,6				
Bürgerklub****					4,8	4,8				

*In Kärnten als FPK angetreten.

**Die Liste von Fritz Dinkhauser, eine Abspaltung der ÖVP, die bei der Landtagswahl 2008 18,3 Prozent und Platz zwei erreicht hatte.

***Neue Gruppierung, gebildet von ehemaligen ÖVP- und SPÖ-PolitikerInnen in Tirol.

****Eine Abspaltung ehemaliger Landtagsabgeordneter der Liste FRITZ.

Angaben in Prozent bzw. in +/- Prozentpunkt-Differenz zum Ergebnis der jeweils vorangegangenen Wahl. Rest auf 100=sonstige Parteien.

Quellen: Bundesministerium für Inneres bzw. Ämter der jeweils zuständigen Landesregierung

3. Soziodemographie des Wahlverhaltens im Vergleich

Die Untersuchung des Wahlverhaltens soziodemographischer Gruppen ist neben Wahlmotiven und Themeninteressen einer der meistgenutzten Zugänge in der Analyse von Wahlergebnissen. Dabei geht es um eine erste Erklärung für Gewinne oder Niederlagen in dem Sinn, dass ein über- bzw. unterdurchschnittliches Abschneiden einer Partei in bestimmten Teilen der Wählerschaft als Ursache für deren Resultat herangezogen wird.

Beim Wahlverhalten von Männern und Frauen hat sich bei vergangenen Wahlen bereits mehrfach gezeigt, dass es eine Geschlechterkluft (*gender gap*) in Österreich gibt. Stark sichtbar war dieser Effekt in der Vergangenheit vor allem bei den Grünen und der FPÖ: Während erstere stärker von Frauen gewählt wurden, erzielte letztere Partei Erfolge insbesondere bei Männern (für Vergleichszahlen zu diesem und den im Folgenden thematisierten Effekten siehe u. a. Kritzinger et al. 2013, Filzmaier/ Perlot/ Zandonella 2011, 128–132, Plasser/ Seeber 2010, 287, Filzmaier u. a. 2009, 27–31, Filzmaier/ Perlot 2008, 399–401, Plasser u. a. 2007, 161–163).

Der *gender gap* ist 2013 wieder belegbar, wobei die Eindeutigkeit zwischen den Wahlen variiert (siehe Tabelle 3, S. 116). Eindeutig lässt er sich bei der FPÖ verorten, die bei allen fünf Anlässen (in Kärnten allerdings sehr knapp bzw. innerhalb der statistischen Schwankungsbreite) von mehr Männern als Frauen gewählt wurde. Auch das Team Stronach konnte deutlich mehr Männer ansprechen als Frauen, insbesondere in Niederösterreich. Bei den Grünen zeigte sich erneut ein Überhang an weiblichen Stimmen. Insbesondere in Salzburg und Tirol konnten sie überdurchschnittlich stark Frauen ansprechen, in Kärnten und Niederösterreich hingegen war der Vorsprung nicht signifikant, ebenso wenig bei der Nationalratswahl, wobei sie etwas mehr Wählerinnen für sich gewinnen konnten.

Die SPÖ verdankte 2013 ihre Ergebnisse in erster Linie den Frauen. Bei der Nationalratswahl und in Kärnten verhalfen sie ihr zum ersten Platz. Hätten in Salzburg nur die Frauen gewählt, so hätte die SPÖ dort die Führung behalten können. Am wenigsten weibliche Stimmen für die SPÖ gab es in Tirol und in Niederösterreich, beides Bundesländer, in denen die Partei generell schlechte Ergebnisse erzielte.

Den uneinheitlichsten Trend findet man bei der ÖVP. Bei der Nationalratswahl profitierte sie stark von Frauenstimmen, das gleiche war in Niederösterreich der Fall. In Tirol, Kärnten und Salzburg hingegen wurde sie von beiden Geschlechtern gleichermaßen unterstützt. Die NEOS wurden gleichermaßen von Männern wie von Frauen gewählt.

Die Frage, ob ein Mann oder eine Frau SpitzenkandidatIn der Partei ist, spielt angesichts der Ergebnisse offenbar keine entscheidende Rolle. Die Grünen kandidierten mit Ausnahme Kärntens überall mit einer Frau, schnitten aber im Geschlechterverhältnis unterschiedlich ab. Die ÖVP in Niederösterreich punktete stark unter Wählerinnen, obwohl mit Erwin Pröll ein Mann an der Spitze stand. Die SPÖ schaffte unter Gabi Burgstaller zwar einen klaren Vorsprung an weiblichen Stimmen, in Kärnten und bei der Nationalratswahl konnten männliche Spitzenkandidaten aber einen ähnlichen *gender gap* erzeugen.

Tabelle 3: Geschlechtsspezifisches Wahlverhalten 2013

	SPÖ	ÖVP	FPÖ*	Grüne	BZÖ	FRANK	NEOS	LF**	VT***
NÖ	3	14	-7	1		-9			
Kärnten	7	-1	-1	1	-3	-5			
Tirol	2	2	-9	7				-2	-4
Salzburg	15	-1	-16	7		-5			
NRW	7	10	-12	3		-4	0		

Angaben in Prozentpunkten-Differenz (Percentage Points Difference/ PPD) zwischen Männern und Frauen. Ein positives Ergebnis in der Differenz bedeutet, dass mehr Frauen als Männer die Partei gewählt haben, ein negatives den umgekehrten Fall. Parteien unter fünf Prozent werden nicht gesondert ausgewiesen.

*In Kärnten als FPK angetreten.

**Liste FRITZ.

***Vorwärts Tirol.

Repräsentative Telefonbefragungen, Stichproben n=1.224 (Nationalratswahl), n=1.227 (Salzburg), n=1.227 (Tirol), n=1.205 (Niederösterreich) und n=1.231 (Kärnten). Die maximale »Schwankungsbreite« beträgt für alle Befragungen +/-2,8 Prozent.

Quelle: ISA/SORA (2013)

Neben dem Geschlecht ist das Alter ein Faktor, anhand dessen man das Abscheiden der Parteien differenzieren kann. Insbesondere die Gegenüberstellung von jungen WählerInnen (meist definiert als Gruppe von 16 bis 29 Jahre) und älteren WählerInnen (über 60 Jahre) lässt gut darstellbare Vergleiche zu. Dabei ist zu beachten, dass diese beiden Gruppen nicht gleich groß sind, sondern die ältere Wählerschaft einen (teilweise deutlich) größeren Anteil an der jeweiligen Gesamtbevölkerung stellt. Ein überdurchschnittliches Ergebnis bei jungen WählerInnen schlägt sich damit nicht in einem entsprechend großen Stimmenüberhang nieder, wobei die Wahlbeteiligung in beiden Gruppen ebenfalls unterschiedlich ausfallen kann (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Anteil der unter 30-Jährigen bzw. über 60-Jährigen an den Wahlberechtigten

	Niederösterreich	Kärnten	Tirol	Salzburg	NRW
15-29	20	20	23	21	21
60+	30	31	27	29	29

Angaben in Prozent der gesamten Wahlberechtigten. Da in den vorhandenen Daten die untere Altersgruppe mit 15 Jahren beginnt sowie als Definition von Wahlberechtigten mangels eigener Kategorie die Staatsbürgerschaft herangezogen werden muss, sind die Werte als ungefähre Angabe zu verstehen.

Quelle: eigene Berechnung; Statistik Austria (2012)

Bei SPÖ und ÖVP wiederholt sich beim Alter das Bild früherer Wahlen: Beide Parteien werden wesentlich öfter von Personen über 60 Jahren als von Personen unter 30 Jahren

gewählt, der diesbezügliche *generation gap* erreicht Werte von bis zu 27 Prozentpunkten (siehe Tabelle 5).

Demgegenüber waren die Grünen und die FPÖ bei den unter 30-Jährigen fast durchgehend erfolgreicher als in anderen Altersgruppen. Da junge WählerInnen aber ein kleineres Segment der Wahlberechtigten ausmachen, ist für beide Parteien das Abschneiden bei älteren WählerInnen ebenfalls sehr wichtig. Hier konnte die FPÖ 2013 vor allem bei der Nationalratswahl die Differenz mit rund vier Prozentpunkten zugunsten der JungwählerInnenstimmen vergleichsweise gering halten und damit für sich einen Erfolg verbuchen (2008 hatte der Abstand noch acht Prozentpunkte betragen; Filzmaier u. a. 2009, 29).

Beim Team Stronach war nur in Kärnten eine große Alterskluft sichtbar. Stronachs Liste übertraf hier sogar die Grünen bei den Stimmen der unter 30-Jährigen. Die NEOS konnten jüngere Personen ebenfalls etwas besser ansprechen.

Betrachtet man bei den Landtagswahlen nur die Partei, die vor der Wahl jeweils den Landeshauptmann bzw. die Landeshauptfrau gestellt hatte, so fällt auf, dass diese jeweils bei älteren Personen wesentlich besser abgeschnitten hat. Für die SPÖ und die ÖVP, die in drei der vier Fälle den/ die AmtsinhaberIn stellten, ist das aufgrund ihres sonstigen Abschneidens bei älteren WählerInnen wenig überraschend, aber auch in Kärnten konnte die FPK dieses Mal eher bei Personen über 60 Jahren Stimmen gewinnen als bei jüngeren Menschen. Das ist insofern bemerkenswert, da die Partei 2009 – noch als BZÖ – deutlich stärker von jüngeren Menschen gewählt worden war (mit einem Abstand von 19 Prozentpunkten zwischen den 16- bis 29-Jährigen und der Generation 60+; ISA/ SORA 2009).

Tabelle 5: Altersspezifisches Wahlverhalten 2013

	SPÖ	ÖVP	FPÖ*	Grüne	BZÖ	FRANK	NEOS	LF**	VT***
NÖ	-5	-7	3	6		1			
Kärnten	-19	-8	-4	10	-3	14			
Tirol	-6	-27	14	14				-3	-2
Salzburg	-13	-18	16	10		5			
NRW	-13	-9	4	16		0	3		

Angaben in Prozentpunkten-Differenz (Percentage Points Difference/ PPD) zwischen der Gruppe der 16–29-Jährigen und der Personen ab 60 Jahren. Ein positives Ergebnis in der Differenz bedeutet, dass mehr jüngere WählerInnen die Partei gewählt haben, ein negatives den umgekehrten Fall. Parteien unter fünf Prozent werden nicht gesondert ausgewiesen.

*In Kärnten als FPK angetreten.

**Liste FRITZ.

***Vorwärts Tirol.

Repräsentative Telefonbefragungen, Stichproben n=1.224 (Nationalratswahl), n=1.227 (Salzburg), n=1.227 (Tirol), n=1.205 (Niederösterreich) und n=1.231 (Kärnten). Die maximale »Schwankungsbreite« beträgt für alle Befragungen +/-2,8 Prozent.

Quelle: ISA/ SORA (2013)

Zwei Aspekte sollen noch kurz dargestellt werden: Das Wahlverhalten in der Kombination von Alter und Geschlecht sowie das Wahlverhalten nach formaler Bildung. In beiden Punkten sind die Fallzahlen aufgrund der größeren Menge an Unterkategorien (Alter mal Geschlecht führt etwa zu sechs Untergruppen, verwendet man die beiden oben angeführten Variablen) klein, die Schwankungsbreiten nehmen dadurch zu. Es wird daher auf eine tabellenweise Darstellung verzichtet und Unterschiede werden nur als Tendenzen vorgestellt.

Teilt man die junge Altersgruppe (16–29) nach dem Geschlecht, dann zeigen sich zwei bekannte Aspekte: Die FPÖ ist wesentlich erfolgreicher bei jungen Männern, die Grünen hingegen bei jungen Frauen. Die Abweichungen betragen 30 Prozentpunkte und mehr, was trotz der kleinen Fallzahlen einen eindeutigen Trend belegt. Auffällig ist, dass diese Schwankungen insbesondere bei der Nationalratswahl, in Salzburg und Tirol aufgetreten sind, jedoch kaum in Kärnten und Niederösterreich.

Bei der SPÖ und der ÖVP gibt es keine ähnlich klare Situation, mehrheitlich findet sich zwar der angesprochene Geschlechterüberhang im Sinne von mehr Frauenstimmen, es zeigt sich aber auch ein anderes Bild. Ein eindeutiger Trend manifestierte sich in Niederösterreich und Tirol: Dort wurde die Landeshauptmannpartei ÖVP sehr viel stärker von älteren Frauen gewählt, in Salzburg hingegen wurde die SPÖ deutlich stärker von jungen Wählerinnen unterstützt. Beim Team Stronach schließlich gab es praktisch durchgehend einen Männerüberhang bei den Stimmen, die NEOS profitierten etwas mehr von Stimmen junger Frauen.

Die Variable formale Bildung differenziert nach dem höchsten Abschluss, den Befragte laut eigenen Angaben absolviert haben. Sie unterscheidet Pflichtschule, Lehre, berufsbildende mittlere Schulen, Matura und Universität bzw. andere Hochschulen. Die Vielzahl der Kategorien macht es schwer, einzelne Gegenüberstellungen auszuweisen, ohne nicht wesentliche Aspekte auslassen zu müssen.

Für die Parteien zeigt sich, dass SPÖ und FPÖ tendenziell weniger Stimmen gewinnen, je höher der formale Ausbildungsgrad ist. Sie erzielen ihre besten Ergebnisse bei Pflichtschul-AbsolventInnen und Personen mit Lehre. Die ÖVP liegt je nach Wahl in diesen Kategorien unterschiedlich gut, kann aber vor allem auch bei WählerInnen punkten, die eine berufsbildende mittlere Schule absolvierten. Verglichen mit SPÖ und FPÖ liegt die Partei bei Menschen mit Matura oder einem höheren Abschluss besser.

Stimmengewinne mit steigendem Bildungsgrad sind insbesondere bei den Grünen klar erkennbar, deren Ergebnisse steigen praktisch linear mit der Höhe der abgeschlossenen Ausbildung an – bis zu dem Grad, dass sie unter UniversitätsabsolventInnen die relativ stärkste Partei sind, wobei die Abstände zu den anderen Gruppierungen signifikant ausfallen. Eindrückliche Beispiele sind etwa die Landtagswahl in Salzburg, bei der die Grünen knapp 50 Prozent der Stimmen der HochschulabgängerInnen erhielten, in Tirol waren es ebenfalls rund 40 Prozent. Hätten in Kärnten nur Personen mit Universitätsabschluss gewählt, wären die Grünen mit rund 40 Prozent stärkste Partei geworden. Die FPK hingegen wäre im niedrigen einstelligen Prozentbereich gelandet (sie war in der Wahltagsbefragung praktisch nicht messbar).

Wichtig anzumerken ist, dass der formale Bildungsgrad nichts über die individuelle Intelligenz oder Begabung von WählerInnen aussagt. Er ist vielmehr eine Sammelvariable, in der zahlreiche Aspekte wie Lebensumstände, berufliche Tätigkeit, Einkommen, Zukunftschancen am Arbeitsmarkt, politisches Interesse, Mediennutzung usw. zusammenfließen, die kumuliert dann zu einem radikal anderen Wahlverhalten führen können. Ähnlich wie bei den Altersgruppen gilt, dass die einzelnen Kategorien nicht gleich große Anteile der Wahlberechtigten abbilden – sehr hohe Ergebnisse in einer sehr kleinen Gruppe korrespondieren daher nicht mit entsprechend großen Stimmengewinnen insgesamt.

4. Wahlmotive im Vergleich

Die Analyse der Wahlmotive (siehe Tabelle 6, S. 121) spiegelt die politische Lage in den einzelnen Bundesländern bzw. in Österreich wider und zeigt, wie diese von den WählerInnen wahrgenommen wurde. Über die Bundesländer hinweg fällt auf, dass sowohl bei der jeweils regierenden Partei als auch bei jenen Parteien, die sich den ersten Platz und damit den Landeshauptmann zum Ziel gesetzt hatten, der Spitzenkandidat ein wichtiges Wahlmotiv darstellte. Dies gilt in Niederösterreich für die ÖVP, in Kärnten für die FPÖ und die SPÖ, in Tirol für die ÖVP und in Salzburg für SPÖ und ÖVP. Das zentrale Motiv der WählerInnen dieser Parteien war also der Erhalt bzw. die Erlangung der politischen Macht in Form des Landeshauptmannes bzw. der Landeshauptfrau.

Auch die WählerInnen von FPÖ, Grünen und Team Stronach hatten bundesländerübergreifend ein gemeinsames Motiv: Sie entschieden sich für diese Parteien, weil sie ihnen die höchste Glaubwürdigkeit bei der Kontrolle von Missständen zuschrieben. Interessant ist, dass dies für alle fünf Wahlen gezeigt werden kann und nicht nur auf Kärnten und Salzburg zutrifft, deren Landtagswahlen im Zuge konkreter politischer Missstände vorverlegt wurden.

In Niederösterreich war für neun von zehn ÖVP-WählerInnen der Erhalt von Erwin Pröll als Landeshauptmann ein sehr wichtiges Motiv. Rund vier Fünftel entschieden sich für diese Partei, um Stabilität zu gewährleisten. Als jeweils stärkstes Wahlmotiv nannten die WählerInnen von SPÖ, FPÖ und Grünen die Vertretung ihrer Interessen durch diese Parteien. Während sich jedoch bei FPÖ und Grünen die Kontrolle von Missständen als weiteres zentrales Wahlmotiv ergab, erwies sich bei den SPÖ-WählerInnen das Stammwählermotiv als relevant. Den WählerInnen von SPÖ und FPÖ war es außerdem noch ein Anliegen, die absolute Mehrheit der ÖVP zu brechen. Die Grünen wiederum wählte jede/r Zweite, um frischen Wind in die niederösterreichische Politik zu bringen. Die WählerInnen des Teams Stronach äußerten ähnliche Motive wie die FPÖ- und Grün-WählerInnen: In erster Linie ging es ihnen um frischen Wind in der Politik in Niederösterreich. In der Folge war es zwei von drei Stronach-WählerInnen sehr wichtig, die absolute Mehrheit der ÖVP zu brechen und jede/r zweite WählerIn schrieb dieser Liste die höchste Glaubwürdigkeit bei der Kontrolle von Missständen zu.

In Kärnten belegen die Wahlmotive das Duell an der Spitze: Das wichtigste Motiv für FPK- wie gleichermaßen SPÖ-WählerInnen war die Kür ihres Spitzenkandidaten zum (erneuten) Landeshauptmann. Für FPK-WählerInnen war dieser gleichzeitig der generell beste Spitzenkandidat, sie sahen ihre Interessen durch die Partei auch am besten vertreten. Auch für die SPÖ-WählerInnen war die Vertretung der eigenen Interessen wichtig, gefolgt vom Stammwählermotiv, beide Motive waren ebenfalls bei ÖVP-WählerInnen zentral. Bei den Grün-WählerInnen stand wiederum die Glaubwürdigkeit bei der Kontrolle von Missständen im Vordergrund, gefolgt von der bisher geleisteten Arbeit und der besten Interessenvertretung. Den WählerInnen der mit dem ehemaligen SPÖ-Bürgermeister Gerhard Köfer kandidierenden Liste FRANK ging es bei ihrer Entscheidung in erster Linie um die Kontrolle von Missständen, gefolgt von der Vertretung ihrer Interessen und dem Motiv, den Landeshauptmann zu stellen.

Für Tirol zeigt die Analyse ein sehr konsistentes Bild für die ÖVP-WählerInnen: Sie wählten diese Partei, damit sie in der Landesregierung bleibt, weiterhin den Landeshauptmann stellt und Stabilität in der Politik in Tirol gewährleistet. Auch die SPÖ-WählerInnen stellten den Anspruch auf den Landeshauptmann in Person von Gerhard Reheis bzw. entschieden sich für diese Partei, damit sie einen Teil der Landesregierung stellt. Das am häufigsten genannte Wahlmotiv der SPÖ-WählerInnen war die beste Vertretung ihrer Interessen. Die Grün-WählerInnen nannten drei gleich starke Motive: Interessenvertretung, Glaubwürdigkeit bei der Kontrolle von Missständen und den Anspruch, VertreterInnen in die Landesregierung entsenden zu können. Die aus der ÖVP kommende Liste Vorwärts Tirol wurde gewählt, da sie ihren WählerInnen zufolge eine gute Alternative zu dieser darstelle, jedoch gleichzeitig für frischen Wind in der Politik Sorge.

Ähnlich wie in Tirol nannten auch in Salzburg die WählerInnen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und den Grünen das Motiv, ihre Partei in der nächsten Landesregierung sehen zu wollen. Dieses Wahlmotiv stand bei allen vier Parteien an erster Stelle. Für die SPÖ- und ÖVP-WählerInnen war der Erhalt der Landeshauptfrau in der Person von Gabi Burgstaller bzw. die Wiedererlangung des Landeshauptmannes von zentraler Bedeutung. Bei den WählerInnen von FPÖ und Grünen erwies sich die Glaubwürdigkeit bei der Kontrolle von Missständen als weiteres wichtiges Wahlmotiv.

Bei der Nationalratswahl im Herbst nannten SPÖ- und ÖVP-WählerInnen jeweils dieselben drei häufigsten Wahlmotive: Die bisher gute Arbeit, das beste Programm und die besten Spitzenkandidaten. Dabei wurden diese drei Punkte von den SPÖ-WählerInnen häufiger als wichtig bewertet als von den ÖVP-WählerInnen, insbesondere der Spitzenkandidat: Während sich rund 80 Prozent der SPÖ-WählerInnen aufgrund von Werner Faymann für diese Partei entschieden, galt selbiges nur für rund 60 Prozent der ÖVP-WählerInnen in Bezug auf Michael Spindelegger. Bei den FPÖ-WählerInnen führte der Spitzenkandidat Heinz-Christian Strache die Liste der Wahlmotive an, gefolgt vom besten Programm und der größten Glaubwürdigkeit bei der Kontrolle von Missständen. Für die Grün-WählerInnen stand bei ihrer Wahlentscheidung wiederum die Glaubwürdigkeit bei der Kontrolle von Missständen im Vordergrund, gefolgt von der Spitzenkandidatin Eva Glawischnig und dem besten Programm.

Tabelle 6: Drei häufigsten Wahlmotive pro Partei

	SPÖ		ÖVP		FPÖ*		Grüne		FRANK**	
	Motiv	%	Motiv	%	Motiv	%	Motiv	%	Motiv	%
NÖ	Interessen	70	Pröhl LH	90	Interessen	71	Interessen	54	frischer Wind	77
	StammwählerIn	67	Kandidat	79	Kontrolle	62	Kontrolle	54	ÖVP-Absolute brechen	66
	ÖVP-Absolute brechen	61	Stabilität	78	ÖVP-Absolute brechen	59	frischer Wind	52	Kontrolle	50
K	Kaiser LH	68	Interessen	57	Dörfler LH	76	Kontrolle	59	Kontrolle	69
	Interessen	55	StammwählerIn	49	Beste(r) Kandidat	60	Missstände	40	Missstände	43
	StammwählerIn	50	Programm	47	Interessen	54	bisherige Arbeit	38	Interesse	41
T	Interessen	72	in Landesregierung	82	Interessen		Interessen	73	Köfer LH	
	Reheis LH	66	Platter LH	73			Kontrolle	73		
	in Landesregierung	65	Stabilität	72			Missstände	72		
Sbg	in Landesregierung	82	in Landesregierung	83	in Landesregierung	73	in Landesregierung	77		
	Burgstaller LH	77	Interessen	73	Kontrolle	70	Kontrolle	75		
	Interessen	74	Haslauer LH	72	Missstände	58	Missstände	64		
NRW	bisherige Arbeit	82	bestes Programm	77	Interessen	64	Interessen	84		
	bestes Programm	81	bisherige Arbeit	68	beste(r) Kandidat	64	Kontrolle	77		
	bester Kandidat	78	bester Kandidat	59	bestes Programm	64	Missstände	74		

Angaben in Prozent der jeweiligen ParteiwählerInnen; Mehrfachnennungen.

*In Kärnten als FPÖ angetreten; in Tirol war die Fällzahl zu gering.

**Die Fällzahlen für die Liste FRANK waren in Tirol, Salzburg und bei der Nationalratswahl zu gering.

Quellen: ISAV SORA (2013)

5. Wählerwanderungen und NichtwählerInnen 2013

Wählerstromanalysen zeigen jeweils im Vergleich zu einer vergangenen Wahl mehrere Dinge: Erstens, wie viele WählerInnen sind ihrer Partei treu geblieben, zweitens, wie viele WählerInnen haben diesmal eine andere Partei gewählt, drittens, woher bekommen neu antretende Parteien Stimmen und viertens, wie gestaltet sich der Austausch zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen? Die SORA-Wählerstromanalysen basieren auf aggregierten Daten, also auf den tatsächlichen Wahlergebnissen von Bezirken, Gemeinden und Sprengeln. Aus den auf diesen Ebenen mittels multipler Regression errechneten statistischen Zusammenhängen wird auf das Verhalten der WählerInnen insgesamt geschlossen.

Werden die Behalteraten – also die Anteile an WählerInnen, welche eine Partei sowohl bei der letzten als auch bei der aktuellen Wahl gewählt haben – pro Partei und über sämtliche fünf Wahlen hinweg betrachtet, ergibt sich, dass 2013 die ÖVP die treueste Wählerschaft hatte: Sie konnte durchschnittlich rund 72 Prozent ihrer WählerInnen wieder für sich gewinnen. Besonders hoch war ihre Behalterate dabei in Niederösterreich (83 Prozent), bei den beiden vorverlegten Wahlen in Kärnten und Salzburg fiel sie mit 63 bzw. 64 Prozent deutlich geringer aus (siehe dazu Tabelle 7).

Die insgesamt geringste Behalterate 2013 ergab sich für die FPÖ (bzw. für die ihr nahestehenden Listen in Kärnten): Nur durchschnittlich 47 Prozent ihrer WählerInnen vom jeweils letzten Mal entschieden sich wieder für diese Partei. Erwartungsgemäß wählten besonders viele Kärntner BZÖ-WählerInnen von 2009 im Jahr 2013 nicht mehr FPK (Behalterate der FPK 29 Prozent). Jedoch auch in Tirol ist die FPÖ-Behalterate mit 33 Prozent nicht wesentlich höher. Bei der Nationalratswahl gelang es der FPÖ demgegenüber, 69 Prozent ihrer WählerInnen von 2008 wieder von sich zu überzeugen.

Die Grünen verzeichneten eine durchschnittliche Behalterate von 65 Prozent, besonders treue WählerInnen hatten sie mit 77 Prozent in Salzburg. Für die SPÖ ergab sich eine durchschnittliche Behalterate von 63 Prozent. Bei der Nationalratswahl konnte sie dabei besonders viele ihrer ehemaligen WählerInnen wieder von sich überzeugen (73 Prozent). Im krisengebeutelten Salzburg hingegen fiel die Behalterate mit 48 Prozent am geringsten aus.

Die insgesamt relativ stabilsten Verhältnisse gab es bei der Nationalratswahl: 71 Prozent der WählerInnen votierten 2013 für dieselbe Partei wie 2008. Eine besonders geringe durchschnittliche Behalterate ergab sich für die Landtagswahlen in Tirol und Kärnten, hier blieben nur rund 55 bzw. 56 Prozent ihrer Partei treu.

Im Rahmen der folgenden Tabellen und Ausführungen werden die relevanten Wählerwanderungen für jede Wahl dargestellt. Um ein möglichst umfassendes, jedoch überschaubares Bild aufzuzeigen, wird dabei pro Partei auf die jeweiligen Saldi an Gewinnen und Verlusten fokussiert. Jeder Saldo ergibt sich daraus, dass die Stimmen, die eine Partei an eine andere verloren hat, mit jenen gegengerechnet werden, die sie von eben dieser Partei gewinnen konnte. Zusätzlich wird aufgezeigt, wie sich die WählerInnen der erstmals angetretenen Parteien zusammensetzten.

Tabelle 7: Behalteraten pro Partei und Wahl

	SPÖ	ÖVP	FPÖ*	Grüne	Durchschnitt Wahl
Niederösterreich	70	83	43	62	64,5
Kärnten	70	63	29	62	56,0
Tirol	56	74	33	58	55,3
Salzburg	48	64	62	77	62,8
NRW	73	75	69	65	70,5
Durchschnitt Partei	63,4	71,8	47,2	64,8	

Lesebeispiel: 70 Prozent der WählerInnen, die in Niederösterreich 2008 die SPÖ gewählt hatten, haben sich auch 2013 für diese Partei entschieden.

Angaben in Prozent.

* In Kärnten als FPK angetreten.

Quellen: ORF/ SORA (2013)

In Niederösterreich verlor die ÖVP im Saldo 22.000 Stimmen an die NichtwählerInnen sowie 12.000 Stimmen an die Grünen und 4.000 Stimmen an die SPÖ und gewann 7.000 Stimmen von der FPÖ. Die SPÖ verlor im Saldo 31.000 Stimmen an die NichtwählerInnen, die Grünen 4.000 Stimmen. Die FPÖ konnte hingegen insgesamt 3.000 Stimmen von ehemaligen NichtwählerInnen gewinnen.

Die Wählerschaft des Teams Stronach besteht in erster Linie aus ehemaligen NichtwählerInnen (38.000), ehemaligen FPÖ- (20.000), ehemaligen ÖVP- (18.000) und ehemaligen SPÖ-WählerInnen (13.000).

Tabelle 8: Wählerwanderung Landtagswahl Niederösterreich 2013

	ÖVP 13	SPÖ 13	FPÖ 13	Grüne 13	FRANK 13	Sonstige 13	Nichtw. 13	Summe 08
ÖVP 08	457	17	15	17	18	4	26	554
SPÖ 08	13	181	6	5	13	2	38	258
FPÖ 08	22	3	45	4	20	2	10	106
Grüne 08	5	2	1	43	5	1	14	71
Sonstige 08	7	4	2	2	4	5	4	28
Nichtw. 08	4	7	13	10	38	2	317	391
Summe 2013	508	214	82	81	98	16	409	1.408

Angaben absolut in 1.000 Stimmen. Lesebeispiel: Von den insgesamt 553.000 ÖVP-WählerInnen aus dem Jahr 2008 haben 457.000 Personen 2013 wieder die ÖVP gewählt.

Quelle: ORF/ SORA (2013)

In Kärnten verlor die FPK im Saldo rund 35.000 Stimmen an die NichtwählerInnen, 33.000 Stimmen an die SPÖ und 8.000 Stimmen an die Grünen. Die SPÖ verlor im Saldo 6.000 Stimmen an die NichtwählerInnen, konnte jedoch 33.000 ehemalige BZÖ- (FPK-) WählerInnen wieder für sich gewinnen.

Die Grünen verloren im Saldo 3.000 Stimmen an die NichtwählerInnen und 2.000 Stimmen an die SPÖ. Rund 8.000 WählerInnen konnten sie vom BZÖ (FPK) gewinnen. Die Wählerschaft der Liste FRANK setzt sich in Kärnten zusammen aus 18.000 ehemaligen BZÖ-(FPK-) WählerInnen, 8.000 ehemaligen NichtwählerInnen und 17.000 ehemaligen SPÖ-WählerInnen. Damit verloren also v. a. das BZÖ (FPK) und die SPÖ an die Liste FRANK.

Tabelle 9: Wählerwanderung Landtagswahl Kärnten 2013

	FPK 13	SPÖ 13	ÖVP 13	Grüne 13	FRANK 13	BZÖ 13	Sonstige 13	Nichtw. 13	Summe 09
BZÖ 09	46	35	3	8	18	11	2	37	160
SPÖ 09	2	72	3	6	7	1	2	10	103
ÖVP 09	2	4	38	7	3	2	0	3	59
Grüne 09	0	4	1	11	0	0	0	1	17
FPÖ 09	1	3	1	3	1	1	1	3	14
Sonstige 09	0	0	0	1	0	0	1	0	2
Nichtw. 09	2	4	3	4	8	4	1	60	86
Summe 2013	53	122	49	40	37	19	7	114	441

Angaben absolut in 1.000 Stimmen. Lesebeispiel: siehe Tabelle 8, S. 123.

Quelle: ORF/ SORA (2013)

Die Wählerstromanalyse für die Landtagswahl 2013 in Tirol zeigt, dass die ÖVP im Saldo jeweils 3.000 WählerInnen von der Liste FRITZ und der SPÖ gewinnen konnte, jedoch 2.000 ihrer ehemaligen WählerInnen an die Grünen verlor. Die SPÖ konnte wiederum im Saldo 2.000 ehemalige FRITZ-WählerInnen für sich gewinnen. Im Saldo gewann die FPÖ 2.000 Stimmen ehemaliger NichtwählerInnen für sich. Die Grünen erhielten 5.000 Stimmen ehemaliger ÖVP-WählerInnen und 3.000 Stimmen ehemaliger NichtwählerInnen.

Die WählerInnen der Liste FRANK setzen sich in Tirol zusammen aus 3.000 ehemaligen FPÖ-, 3.000 ehemaligen ÖVP-, 2.000 ehemaligen Liste FRITZ- und 2.000 ehemaligen NichtwählerInnen. FPÖ und ÖVP verloren damit jeweils rund 3.000 WählerInnen an diese Liste. Die Wählerschaft der Liste Vorwärts Tirol besteht wiederum aus 12.000 ehemaligen ÖVP-, 6.000 ehemaligen FRITZ- und 5.000 ehemaligen NichtwählerInnen.

Tabelle 10: Wählerwanderung Landtagswahl Tirol 2013

	ÖVP 13	FRITZ 13	SPÖ 13	FPÖ 13	Grüne 13	FRANK 13	VT 13	Sonst. 13	Nichtw. 13	Summe 08
ÖVP 08	102	4	2	3	3	3	12	2	7	138
FRITZ 08	7	8	3	5	6	2	6	10	16	63
SPÖ 08	5	1	29	3	3	1	1	2	8	53
FPÖ 08	4	2	2	14	2	3	2	1	13	43
Grüne 08	1	1	3	1	21	0	3	1	5	36
Christen 08	1	0	0	0	1	0	0	1	0	3
KPÖ 08	0	0	0	1	1	0	0	2	0	4
Nichtw. 08	6	1	3	3	4	2	5	1	168	193
Summe 2013	126	17	42	30	41	11	29	20	217	533

Angaben absolut in 1.000 Stimmen. Lesebeispiel: siehe Tabelle 8, S. 123.

Quelle: ORF/ SORA (2013)

In Salzburg verlor die SPÖ im Saldo 27.000 Stimmen an die NichtwählerInnen, 12.000 Stimmen an die Grünen und 5.000 Stimmen an die FPÖ. Die ÖVP verlor im Saldo 13.000 ihrer ehemaligen WählerInnen an die Grünen und 6.000 an die FPÖ. Dementsprechende Zugewinne verzeichneten die FPÖ und die Grünen. Verloren haben die Grünen im Saldo rund 6.000 ihrer WählerInnen von 2009 an die NichtwählerInnen.

In Salzburg setzen sich die WählerInnen des Teams Stronach aus 6.000 ehemaligen FPÖ-, 5.000 ehemaligen SPÖ- und 5.000 ehemaligen ÖVP-WählerInnen zusammen.

Tabelle 11: Wählerwanderung Landtagswahl Salzburg 2013

	SPÖ 13	ÖVP 13	FPÖ 13	Grüne 13	FRANK 13	Sonst. 13	Nichtw. 13	Summe 09
SPÖ 09	53	2	6	12	5	1	32	111
ÖVP 09	3	65	7	14	5	1	7	102
FPÖ 09	1	1	23	2	6	1	5	39
Grüne 09	0	1	1	16	2	1	0	21
BZÖ 09	0	1	4	3	2	0	1	11
Nichtw. 09	5	8	5	6	2	1	80	107
Summe 2013	62	78	46	53	22	5	125	391

Angaben absolut in 1.000 Stimmen. Lesebeispiel: siehe Tabelle 8, S. 123.

Quelle: ORF/ SORA (2013)

Bei der Nationalratswahl 2013 verlor die SPÖ im Saldo 126.000 an die NichtwählerInnen, 21.000 Stimmen an die Grünen und 9.000 Stimmen an die FPÖ. Für sich gewinnen konnte sie 42.000 ehemalige BZÖ-WählerInnen. Auch die ÖVP verlor im Saldo am meisten Stimmen an die NichtwählerInnen (38.000). Hinzu kommen im Saldo 33.000 Stimmen, die an die Grünen und 2.000 Stimmen, die an das BZÖ gingen. Die FPÖ verlor im Saldo 22.000 Stimmen an die Grünen und 14.000 Stimmen an die

NichtwählerInnen. Gewinnen konnte sie im Saldo 155.000 WählerInnen vom BZÖ und 9.000 ehemalige SPÖ-WählerInnen. Die Grünen gewannen im Saldo rund 21.000 Stimmen von der SPÖ, 33.000 Stimmen von der ÖVP und 32.000 Stimmen vom BZÖ. Im Saldo verloren die Grünen rund 10.000 Stimmen an die NichtwählerInnen.

Die WählerInnen der Liste FRANK setzen sich bei der Nationalratswahl zusammen aus 68.000 ehemaligen BZÖ-, 47.000 ehemaligen SPÖ-, jeweils 41.000 ehemaligen ÖVP- und FPÖ- sowie 32.000 ehemaligen NichtwählerInnen. Die Wählerschaft der NEOS bestand aus 58.000 ehemaligen ÖVP-, 54.000 ehemaligen Grün- und 26.000 ehemaligen NichtwählerInnen.

Tabelle 12: Wählerwanderung Nationalratswahl 2013

	SPÖ 13	ÖVP 13	FPÖ 13	BZÖ 13	Grüne 13	FRANK 13	NEOS 13	Sonst 13	Nichtw. 13	Summe 08
SPÖ 08	1.047	35	51	17	43	47	22	15	154	1.431
ÖVP 08	34	949	38	26	47	41	58	9	69	1.271
FPÖ 08	42	38	593	18	29	41	19	7	72	859
BZÖ 08	59	24	173	64	41	68	20	3	71	523
Grüne 08	22	14	7	9	330	13	54	12	48	509
Sonstige 08	26	36	42	14	54	27	34	36	30	299
Nichtw. 08	28	31	58	18	38	32	26	14	1.248	1.493
Summe 2013	1.258	1.127	962	166	582	269	233	96	1.692	6.385

Angaben absolut in 1.000 Stimmen. Lesebeispiel: siehe Tabelle 8, S. 123.

Quelle: ORF/ SORA (2013)

Tabelle 13: NichtwählerInnen im Zeitvergleich

	2013	VW*	Veränderung
Niederösterreich	29,1	25,5	+3,6
Kärnten	24,8	18,2	+6,6
Tirol	39,6	34,2	+5,4
Salzburg	29,0	25,6	+3,4
NRW	25,1	21,2	+3,9

Angaben in Prozent.

*Jeweils vorhergehende Wahl: Niederösterreich, Tirol, Nationalratswahl 2008, Salzburg und Kärnten 2009.

Quellen: Bundesministerium für Inneres bzw. Ämter der jeweiligen Landesregierungen

In sämtlichen Wahlen des Jahres 2013 war der Anteil der NichtwählerInnen höher als bei den entsprechenden Wahlen der Jahre 2008 und 2009, daran änderte das erweiterte Parteienangebot nichts. Die meisten NichtwählerInnen zählte die Landtagswahl in

Tirol mit rund 40 Prozent, die wenigsten die Nationalratswahl und die Landtagswahl in Kärnten mit jeweils rund einem Viertel der Wahlberechtigten.

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse zu Nicht-, Stamm- und WechselwählerInnen für das Wahljahr 2013 Folgendes: Obwohl zwei neue Parteien in den Nationalrat einzogen, gab es auf Bundesebene eine höhere durchschnittliche Stammwählerschaft als bei den Wahlen in den Bundesländern. Besonders groß war der Anteil an WechselwählerInnen in Kärnten und Tirol: Nur etwas mehr als jede/r zweite Wähler/in hat 2013 dieselbe Partei gewählt wie bei der Wahl davor.

Die ÖVP erreichte den durchschnittlich höchsten Stammwähleranteil. Diesem Ergebnis liegt v. a. die hohe Behalterate in Niederösterreich zugrunde. Demgegenüber verlor die FPÖ im Schnitt mehr als die Hälfte ihrer ehemaligen WählerInnen, im Besonderen trifft dies auf die Wahlen in Kärnten, Tirol und Niederösterreich zu. In Kärnten gingen besonders viele ehemalige FPK-WählerInnen im Jahr 2013 nicht zur Wahl oder wählten diesmal SPÖ. Auch in Tirol entschlossen sich zahlreiche ehemalige FPÖ-WählerInnen, diesmal der Wahl fern zu bleiben. In Niederösterreich verlor die FPÖ ihre WählerInnen wiederum v. a. an die ÖVP und das Team Stronach.

SPÖ und Grüne büßten im Durchschnitt rund ein Drittel ihrer WählerInnen ein. Die SPÖ verlor dabei v. a. in Salzburg und Tirol, wobei hier besonders viele ehemalige SPÖ-WählerInnen 2013 nicht zur Wahl gingen. In Salzburg profitierten außerdem die Grünen von der Wechselstimmung der SPÖ-WählerInnen von 2009, in Tirol hingegen die ÖVP.

6. Das Abschneiden neuer Parteien

Von den neugegründeten und erstmals kandidierenden Parteien haben es – trotz ihrer Zahl – 2013 nur wenige in die jeweils angepeilten Parlamente geschafft. Am erfolgreichsten waren das Team Stronach, das bei drei von vier Gelegenheiten Mandate erringen konnte, und die NEOS. Demgegenüber scheiterte beispielsweise die Piratenpartei, die ebenfalls mehrfach antrat (wenngleich nicht flächendeckend), überall an der Mindestprozenthürde.

Erfolgsfaktoren für das Antreten von Parteien zu isolieren ist schwierig, da eine Vielzahl von Aspekten einzubeziehen ist. Diese sind wiederum nur selten eindeutig und objektiv fassbar. Präsenz im Fernsehen lässt sich beispielsweise zwar in Sekunden messen, inwieweit diese für die betroffene Partei positiv oder negativ ausfällt, ist nicht ohne weiteres festzuhalten, die Wirkung beim Publikum zu erfassen umso komplexer. Dazu kommt, dass zu messbaren Indikatoren kaum umfassende Daten für alle Parteien vorliegen (so wäre etwa die Bekanntheit der SpitzenkandidatInnen mit Befragungen erfassbar, es gibt allerdings keine öffentlich zugänglichen Daten, die alle entsprechenden Personen erfasst haben).

Anhand der hier präsentierten Daten aus Wahltagsbefragungen und Wählerstromanalysen lässt sich aber ein erster Überblick erstellen (siehe Tabelle 14, S. 128).

Tabelle 14: Soziodemographie und Wählerströme neuer Parteien 2013

	FRANK Bund	FRANK NÖ	FRANK Ktn	FRANK Tirol	FRANK Sbg	NEOS	VT**
meisten Stimmen (absolut) von...	BZÖ	NW u. FPÖ	BZÖ	ÖVP u. FPÖ	FPÖ	ÖVP	ÖVP
Geschlecht	M	M	M	n. a.	M	k. a.	M
Alter	k. a.	k. a.	16–29	n. a.	<60	<60	k. a.

n. a. = nicht ausgewiesen aufgrund zu geringer Fallzahl.

k. a. = keine auffälligen Abweichungen.

M = mehr Männer als Frauen haben die Partei gewählt.

*Team Stronach Bundespartei bzw. Landesparteien.

**Vorwärts Tirol.

Folgt man den Wählerstromanalysen, dann haben die erfolgreichen neuen Parteien 2013 in erster Linie von BZÖ, FPÖ und ÖVP profitiert. Das Lager der NichtwählerInnen war mit Ausnahme Niederösterreichs keine prioritäre Stimmenquelle für neue Parteien.

Nach dem Geschlecht wurden sie – mit Ausnahme der NEOS – durchgehend stärker von Männern als von Frauen unterstützt. Das Alter hingegen ist als Unterscheidungsgrund weniger wichtig: Nur in Kärnten profitierte das Team Stronach überdurchschnittlich von Stimmen der unter 30-Jährigen, in Salzburg wurden sie ähnlich wie die NEOS von Personen über 60 Jahren weniger oft gewählt. Das ist insofern plausibel, da jüngere Personen eine geringere Parteienbindung aufweisen als ältere Personen und damit per se eher für neue Parteien ansprechbar sind.

Fasst man diesen Überblick zusammen, dann ermöglichten 2013 vor allem jüngere WählerInnen von Mitte-Rechts- bzw. Rechts-Parteien den Erfolg neuer Parteien. Eine mögliche Ursache dafür dürfte sein, dass insbesondere das Team Stronach stark auf den Protest gegen etablierte Parteien setzte und damit eine offensichtliche Überschneidung mit den Positionen der FPÖ aufwies. Es schuf damit eine zweite Option für Proteststimmen, welche zuvor gebündelt bei der FPÖ (und dem BZÖ) waren. Die Bedeutung der ÖVP für die NEOS ist teilweise mit deren programmatischen Positionen vor allem in wirtschaftspolitischen Fragen und personellen Überschneidungen zu erklären. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die NEOS auch stark von ehemaligen Grün-WählerInnen unterstützt wurden, was sich mit Parallelen in gesellschaftspolitischen Standpunkten mit erklären lässt.

Die gezeigte Gegenüberstellung ist nur ein erster Ansatz, den Erfolg neuer Parteien zu beschreiben. Wie angesprochen dürften zahlreiche Faktoren über Sieg oder Niederlage mitentschieden haben. Im Folgenden wird daher versucht, anhand einiger Punkte das Abschneiden neuer Gruppierungen 2013 zu vergleichen (siehe Tabelle 15).

Tabelle 15: Erfolg neuer Parteien 2013

	FRANK Bund	FRANK NÖ	FRANK Ktn	FRANK Tirol	FRANK Sbg	NEOS	VT*	BKT*	Piraten ****
Erfolg	ja	ja	ja	nein	ja	ja	ja	ja	nein
bereits Mandate vorhanden	ja	nein	nein	nein	nein	nein	nein	ja	nein
bekannte/r SpitzenkandidatIn	ja	ja	ja	nein	ja	(ja)**	ja	ja	nein
finanzielle Ressourcen	groß	groß	groß	(groß)***	groß	mittel	mittel	klein	klein
sichtbare interne Konflikte	–	–	–	ja	–	–	–	–	–
mediale Präsenz	groß	groß	groß	groß	groß	mittel	mittel	mittel	klein

Parteien über zwei Prozent bzw. die Piratenpartei als bundesweit aktive Partei.

Erfolg=Gewinn von Mandaten.

*Vorwärts Tirol bzw. Bürgerklub Tirol.

**Matthias Strolz konnte durch Auftritte im Wahlkampf eine gewisse Präsenz erlangen, v. a. aber wurde mit Hans-Peter Haselsteiner eine bekannte Person aufgeboten.

***Durch die internen Konflikte im Team Stronach Tirol wurde zwischenzeitlich die Unterstützung von der Bundespartei eingestellt.

****Bezieht sich sowohl auf die Kandidatur der Piraten in Kärnten als auch bei der Nationalratswahl.

Die hier angeführten Einschätzungen sind subjektive Einschätzungen der AutorInnen bzw. beruhen auf öffentlich wahrnehmbaren Ereignissen und Medienberichten. So sind etwa interne Konflikte naturgemäß nur dann sichtbar, wenn sie nach außen dringen; es gab auch bei anderen Parteien Auseinandersetzungen, in Tirol waren sie aber zweifellos am intensivsten. Die finanziellen Ressourcen können mangels einheitlicher Veröffentlichung nur grob geschätzt werden.

Kaum möglich ist es, aus dem Verlauf der Wahlen 2013 ein universelles Erfolgsrezept für neue Parteien herauszufiltern. Die Ausgangsbedingungen sind dafür zu speziell. Interessant ist im Vergleich der Fall des Teams Stronach Tirol. Obwohl die Landesgruppe im Grunde dieselben Voraussetzungen wie jene in anderen Bundesländern hatte, scheiterte sie an der Mindestprozenthürde. Ursachen dafür dürften in erster Linie die öffentlich ausgetragenen internen Konflikte gewesen sein, gepaart mit der (zeitweiligen) Beendigung der (finanziellen) Wahlkampfunterstützung aus Wien sowie der fehlenden Bekanntheit des Spitzenkandidaten, der anders als etwa die analogen Personen in Salzburg und Kärnten keine starke Verankerung in der regionalen Politiklandschaft aufweisen konnte.

Das Vorhandensein von Mandaten als Vorbedingung für einen Wahlerfolg ist unterschiedlich einzuschätzen. Einerseits erleichtert es das Antreten und sichert (institutionelle) mediale Präsenz, andererseits konnten doch die NEOS und Vorwärts Tirol ohne diesen Bonus reüssieren. Ihnen kam die finanzielle Ausstattung, gepaart mit der Bekanntheit einiger Personen der Listen, zugute. Die Piratenpartei, die bei jedem Antritt deutlich scheiterte, konnte in keiner der Kategorien punkten und damit auch keine punktuellen

Defizite ausgleichen. Sie war auch medial deutlich weniger präsent als die anderen Parteien und konnte diesbezügliche Gelegenheiten sowie ihren Neuheitsfaktor am wenigsten nutzen.

7. Fazit

Die Bilanz der Parteien fällt unterschiedlich aus: Die SPÖ konnte in Kärnten den Landeshauptmann zurückerobern, verlor aber ebendiese Position in Salzburg. In Tirol und Niederösterreich wurden die schlechtesten Ergebnisse seit 1945 eingefahren, wie auch bei der Nationalratswahl, nichtsdestoweniger kann die SPÖ weiterhin den Bundeskanzler stellen. Die ÖVP umgekehrt verlor bei allen Wahlen an Prozentpunkten, konnte ihr Abschneiden aufgrund negativerer Erwartungen aber überwiegend positiv darstellen und verwerten. Bestes Beispiel dafür war Salzburg, wo ein Verlust von 7,5 Prozentpunkten und das historisch schlechteste Ergebnis dennoch dazu führten, den ersten Platz von der SPÖ zurückzugewinnen und den Landeshauptmann zu stellen.

Die FPÖ gewann zwar auf Bundesebene und in Salzburg dazu, verlor ansonsten aber Stimmen, was die Wachstumsphase der Partei, die nach den Niederlagen nach Knittelfeld 2005 und 2006 langsam wieder begann, klar bremst. Der Eintritt in eine Koalition war bei keiner Gelegenheit möglich. Die Grünen gewannen 2013 überall an Prozentpunkten und konnten diese Gewinne in Kärnten und vor allem Salzburg in Regierungsbeteiligungen umwandeln. Auf Bundesebene scheiterten sie allerdings an den Erwartungen und haben mit den NEOS eine neue und direkte Konkurrenz.

Die Bilanz des Teams Stronach fällt mit drei Parlamentseinzügen bei vier Versuchen sehr positiv aus, auch wenn Ziele wie die Brechung von Mehrheiten in Niederösterreich und bei der Nationalratswahl nicht erreicht wurden. Mit dem Überspringen der Mindestprozenthürde haben die NEOS 2013 ebenfalls erfolgreich kandidiert.

Die Perspektiven sind differenziert zu sehen: Zunächst scheinen (größere) Stimmengewinne für SPÖ und ÖVP nur dann möglich zu sein, wenn außergewöhnliche Umstände wie in Kärnten zum Tragen kommen. Ansonsten mussten beide Parteien in allen fünf Wahlen Verluste hinnehmen, die zwar aufgrund mancher Vorbedingungen weniger dramatisch wahrgenommen wurden als erwartet, aber dennoch keinen gesteigerten Zuspruch der Wählerschaft zeigten.

Für die FPÖ war das Antreten Stronachs ein relativ großes Hindernis auf dem Weg zu weiteren Wahlerfolgen, wie die Entwicklung von Umfragen nach der Nationalratswahl (und den laufenden Konflikten innerhalb des Teams Stronach) zeigte. Allerdings konnten sie in Tirol trotz eines schwachen Teams Stronach keine Gewinne erzielen, in Niederösterreich gab es offen ausgetragene Konflikte in und mit der Landesgruppe. Ein linearer Anstieg der Stimmenanteile ist für die Partei keineswegs garantiert. Zusätzlich steht sie vor der Herausforderung, mögliche Gewinne in Form politischer Ämter realisieren zu müssen, und steht damit vor einer ähnlichen Situation wie Ende der 1990er-Jahre.

Die Perspektive des Teams Stronach ist schwer abschätzbar, zumindest derzeit scheint die Zukunft aber mehr als ungewiss. Speziell nach der Nationalratswahl kam es zu zahlreichen internen Konflikten, Ausschlüssen und Abspaltungen von MandatarInnen in den Bundesländern. Zudem zog sich Gründer Stronach mehr und mehr zurück. Die Partei hat auf Bundesebene rund fünf Jahre Zeit, sich zu konsolidieren, um nicht in die Situation des BZÖ 2013 zu kommen und hauptsächlich damit kämpfen zu müssen, dass ihr eine fehlende Perspektive zugeschrieben wird.

Zumindest für den Moment scheinen die NEOS die größten Zukunftschancen zu haben. Nach dem Einzug in den Nationalrat konnten sie sich in Umfragen deutlich über ihrem Wahlergebnis stabilisieren, wobei sie von der institutionell jetzt stärker gegebenen medialen Präsenz profitieren. Ein gewisser Dämpfer war das Ergebnis bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2014, bei dem die Partei ihre selbstgesteckten Ziele klar verfehlte und sich Unsicherheiten in ihrer Wählerschaft bezüglich der Themen und Kompetenzen, für die die NEOS stehen, zeigten. Gleichzeitig stand ihr Einzug in das Europäische Parlament nie in Frage, die Verankerung in der österreichischen Parteienlandschaft scheint vorerst geglückt. Der nächste Test dafür sind die Landtagswahlen, vor allem jene in Wien, der Steiermark und in Oberösterreich, die planmäßig 2015 stattfinden.

Literatur

- Europäische Kommission (2013) *Standard Eurobarometer. Mehrere Wellen*. Brüssel, verfügbar unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm, 20. 2. 2014.
- Filzmaier, Peter/ Perlot, Flooh (2008) *Im Schatten des Nationalrats? Die Spannung der Landtags- und Gemeinderatswahlen 2008*. In: SWS-Rundschau, Nr. 4, 391–412.
- Filzmaier, Peter/ Perlot, Flooh/ Zandonella, Martina (2011) *Das Landtagswahljahr 2010*. In: SWS-Rundschau, Nr. 2, 121–144.
- Filzmaier, Peter/ Perlot, Flooh/ Zandonella, Martina (2013) *Kärntner Landtagswahl 2013*. In: Anderwald, Karl u. a. (Hg.) *Kärntner Jahrbuch für Politik 2013*. Klagenfurt, 9–27.
- Filzmaier, Peter u. a. (2009) *Die Nationalratswahl 2008*. In: Filzmaier, Peter u. a. (Hg.) *Stichwort Wählen*. Wien, 13–38.
- GfK (2013) *Vertrauen in die Polizei besonders hoch. Ergebnisse des »GfK Global Trust Reports« 2013*. Wien, verfügbar unter: http://www.gfk.at/imperia/md/content/gfkaustria/data/press/2012/gfk_pm_global_trust_report_at_2013.pdf, 20. 2. 2014.
- IFES (Institut für empirische Sozialforschung) (2012) *Direkte Demokratie in Österreich. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage*. Wien, verfügbar unter: http://www.ifes.at/sites/default/files/downloads/direkte_demokratie-bericht.pdf, 20. 2. 2014.
- ISA (Institut für Strategieanalysen)/ SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2009) *Wahltagsbefragung zur Kärntner Landtagswahl 2009 im Auftrag des ORF*. Wien, verfügbar unter: http://www.strategieanalysen.at/bg/wahltagsbefragung_ltw_kaernten_09.pdf, 20. 2. 2014.
- ISA (Institut für Strategieanalysen)/ SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2013) *Wahltagsbefragungen zur Nationalratswahl 2013 sowie zu den Landtagswahlen in Salzburg, Tirol, Niederösterreich und Kärnten 2013, jeweils im Auftrag des ORF*. Wien, verfügbar unter: http://www.strategieanalysen.at/wahlen_bzw.http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen.html, 20. 2. 2014.
- Kritzinger, Sylvia et al. (2013) *The Austrian Voter*. Wien.
- OGM (Gesellschaft für Marketing)/ APA (Austria Presse Agentur) (2012) *OGM/APA-Vertrauens-*

- index. Institutionen*. Wien, verfügbar unter: <http://www.ogm.at/2012/03/apaogm-vertrauensindex-institutionen/>, 20. 2. 2014.
- OGM (Gesellschaft für Marketing) (2013) *Demokratiefund 2013. Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform*. Wien, verfügbar unter: http://www.mehrheitswahl.at/material/befund13/Demokratiefund_2013.pdf, 20. 2. 2014.
- ORF (Österreichischer Rundfunk)/ SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2013) *Wählerstromanalysen zur Nationalratswahl 2013*, verfügbar unter: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen.html>, 28. 2. 2014.
- Plasser, Fritz/ Seeber, Gilg (2010) *Wahlentscheidung in der Boulevard-Demokratie: Die Kronen Zeitung, News Bias und Medieneffekte*. In: Plasser, Fritz (Hg.) *Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich*. Wien, 273–312.
- Plasser, Fritz u. a. (2007) *Was Wähler(innen) bewegt: Parteien-, Themen und Kandidatenorientierungen 2006*. In: Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A. (Hg.) *Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006*. Wien, 155–194.
- Statistik Austria (2012) *Statistik des Bevölkerungsstandes*, verfügbar unter: <http://www.statistik.at>, 28. 2. 2014.
- Kontakt:*
peter.filzmaier@strategieanalysen.at
flooh.perlot@strategieanalysen.at
mz@sora.at